



staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

Referenz: 4yp-323/ARD-NDR-BR1/16 (Bitte auf allen Antwortschreiben stets mit angeben)

Datum: Donnerstag, 20. Oktober 2016

Seite 1- 17

An Polizeiinspektion Ludwigslust
- Polizeirevier Hagenow-
Zu Händen Uwe Mathews Uwe Mathews in der Funktion Erster Polizei Hauptkommissar (EPHK) – Erster
Kriminalhauptkommissar Pätow persönlich!
Schweriner Straße 32

D- [19230] Hagenow

Strafanzeige und Strafantrag mit Antrag auf Strafverfolgung

gegen alle verantwortlichen Tatverdächtigen Personen des Unternehmens

Norddeutscher Rundfunk
Anstalt des öffentlichen Rechts
Hugh-Greene-Weg 1
22529 Hamburg
Ust-Ident-Nummer: DE 1185 09 776

Telefon: 040 / 4156-0
Fax: 040 / 4156-7419
E-Mail: redaktion@tagesschau.de

Redaktionsleitung
Christiane Krogmann

Redaktion
Eckart Aretz, Wenke Börnsen, Susanne Bründel, Corinna Emundts, Patrick Gensing, Hedwig Göbel, Kristina Görlitzer, Fabian Grabowsky, Peer Junker, Kristina Kaul, Anna-Mareike Krause, Julia Kuttner, Nea Matzen, Jan Oltmanns, David Rose, Dr. Ralph Sartor, Marina Schmidt, Holger Schwesinger, Jana Seyther, Gesa Steinmann, Jörn Unsöld, Sarah Welk, Dieter Westhoff, Rike Woelk (Stellv. Redaktionsleitung)

Redaktionsassistentz
Britta Reinke, Karin Stammler

Redaktionssekretärin
Jessica Intzen

Verfasser Patrick Gensing von tagesschau.de

Webmaster
Carsten Graw (Techn. Leiter), Kai König, Serge Königsmann, Ingo Merten, Hanno Willkomm
E-Mail: webmaster@tagesschau.de

Webdesign
Thomas Staub

Agenturen
AFP, AP, dapd (bis 12. April 2013), dpa, Reuters

Amtsgericht Charlottenburg:
Vereinsregister-Nummer: VR 33827 B
Gläubiger ID 71ZZZ00001948197
Finanzamt für Körperschaften I
Steuernummer: 27 677/66880

Bankverbindung: Berliner Volksbank
Konto-Nummer: 2615669000
IBAN: DE57100900002615669000
BIC: BEVODEBBXXX



staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

tagesschau.de ist eine ARD-Gemeinschaftseinrichtung mit Sitz beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg. Verantwortlich gemäß § 5 TMG und § 55 (2) Rundfunkstaatsvertrag ist der Intendant des NDR, Lutz Marmor.

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

ARD-aktuell:

NDR/ARD-aktuell
Hugh-Greene-Weg 1
22529 Hamburg

Chefredaktion
Dr. Kai Gniffke
1. Chefredakteur
Telefon: 040 / 4156-0
Fax: 040 / 4156-5429

<https://www.tagesschau.de/impressum/>

wegen

Volksverhetzung § 130 StGB durch öffentliche Verunglimpfung § 90 StGB und weitere, Beleidigung § 185 StGB, Rufmord- üble Nachrede § 186 StGB, falsche Verdächtigung, § 164 StGB meiner Person durch Bild und Ton, den Verein staatenlos.info e. V. alle dessen Mitglieder, bestimmte Gruppe und gegen Teile der Bevölkerung durch öffentliche Schrift, Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte, Grundrechtsverletzung/ Menschenrechtsverletzung gegenüber den Verein staatenlos.info e. V., alle Mitglieder des Vereins, den Präsidenten des Vereins Rüdiger Hoffmann, einer bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung, vorsätzliche Rufschädigung und damit Geschäftsschädigung des Vereins staatenlos.info e. V., gegen den Vorstand und den Präsidenten, den Versammlungsleiter der Demonstration in Berlin und Wittenburg, den Veranstaltungsteilnehmern und einen großen Bevölkerungsanteil, alle kritischer Bürger Einzelpersonen, Gruppen und Bevölkerungsteile sowie der Allgemeinheit in Deutschland,

Hiermit stellt der Verein staatenlos.info e. V. – Der Vorstand - Unterzeichner Strafantrag und Strafanzeige gegen aufgeführten Personenkreise der oben genannten Unternehmen, den verantwortlichen Redakteuren und Verfassern und alle weiteren verantwortlichen Personen wegen o. a. Straftaten.

Alle Ausführungen sind grundsätzlich als Anträge zu bewerten, dessen Ermittlung, Klärung und Abhilfe hiermit ausdrücklich beantragt und eingefordert wird.

Tatort:

Internet- Medien ARD
NDR/ARD-aktuell
Hugh-Greene-Weg 1
22529 Hamburg

Tatzeit:

Am 19. Oktober 2016 - Uhrzeit ab 12 Uhr

Tathergang und Begründung:

Die o. g. Tatverdächtigen haben einen gemeinsamen Medienbeitrag erstellt und veröffentlicht, welcher den Verein staatenlos.info e. V., - Den Vorstand - alle Mitglieder - den Präsidenten des Vereins Rüdiger Hoffmann, einer bestimmte Gruppe, Teile der Bevölkerung mit o. a. Straftatbeständen durch o. a. Straftaten schädigen soll.

Es liegt offenkundig bandenmäßig organisiertes Vorgehen in Art und Weise einer kriminellen Vereinigung – strafbar nach § 129 StGB - zu erkennen.

Beweismaterial:

Amtsgericht Charlottenburg:
Vereinsregister-Nummer: VR 33827 B
Gläubiger ID 71ZZZ00001948197
Finanzamt für Körperschaften I
Steuernummer: 27 677/66880

Bankverbindung: Berliner Volksbank
Konto-Nummer: 2615669000
IBAN: DE57100900002615669000
BIC: BEVODE33XXX



Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Kopie + Scan Text mit Beweisbilder

1. Beweis Webseite und Weblinks:

<https://www.tagesschau.de/inland/reichsbuerger-117.html>

<http://www.tagesschau.de/impresum/>

Begründung:

Aus den o. a. Tatbeständen ergeben sich folgende Anträge und Aufforderungen:

Es werden durch die Tatverdächtigen im Medienbeitrag widersprüchliche, verwirrende und bewußt diffamierende Falschbehauptungen in Bezug den Geschädigten veröffentlicht: Keine der Falschsaussagen der Tatverdächtigen entsprechen den Tatsachen, wurden vorsätzlich aus der Luft gegriffen, verdreht um die Geschädigte vorsätzlich zu schaden.

Dazu wurde der Medienbeitrag mit Schilderung von Straftaten und verleumderischen Falschsaussagen, mit Bildbeiträgen von staatenlos.info - Veranstaltungen angereichert und mit staatenlos.info e. V. – Der Vorstand - vermengt – um eine öffentliche Kriminalisierung, Dämonisierung und Rufschädigung des Geschädigten zu erreichen.

Alle die im Text genannte, markierten Merkmale, Vorfälle- Straftaten o. ä. - vorgeblicher sog. „REICHSBÜRGER“ erfüllt staatenlos.info e. V. – Der Vorstand - Präsident Rüdiger Hoffmann ausdrücklich NICHT!

Es ist klar die Motivation einer zielgerichteten, organisiert- gesteuerten, vorsätzlichen Rufmord- Schädigungskampagne gegen den Geschädigten Verein staaenlos.info e. V. – Der Vorstand zu erkennen.

Dazu kommt die Feststellung das ein sog. „Reichsbürger“ in der gesetzlichen Realität heute nicht mehr existieren- was ebenfalls zu ermitteln und festzustellen ist.

2. Beweis:

Beweisführung der politischen Verfolgung kritischer Bevölkerungsteile und der echten Opposition in Deutschland:

Staatenlos.info e. V. – Der Vorstand - insbesondere der Präsident Rüdiger Hoffmann – alle Mitglieder und ehrenamtlichen Helfer werden in Deutschland auch von den gleichgeschalteten Medien politisch massiv verfolgt und mit vielfältigen, illegalen Aktionen verunglimpft und kriminalisiert um das hochbrisante Thema der offenen deutschen frage und vor allem der gesetzlichen Generallösung zur Befreiung der Welt aus der Kolonie und zur Wiederherstellung des Welt-Friedens zum Schweigen zu bringen.

Dazu wird heute in Deutschland zielgerichtet zur Verunglimpfung von staatenlos.info e. V. und aller regimekritischen Menschen, Gruppen und Bevölkerungsteile auch das Schimpfwort „**Reichsbürger**“ in nationalsozialistischer Terminologie angewendet.

Das Personal aller bundesdeutschen Behörden und Justizorgane wird heute im Umgang mit kritischen Menschen in der nationalsozialistischen Reichsbürger- Terminologie ideologisch geschult.

Der diffamierende, nationalsozialistische Kampfbegriff „Reichsbürger“ zur politische Verfolgung Andersdenkender Menschen und Bevölkerungsteile in Deutschland:

Beweis: Der Begriff „**Reichsbürger**“ wurde von den führenden Nationalsozialisten Dr. Bernhard Lösener entwickelt und in seinem Standartwerk „Reichsbürgerecht“ definiert.

Lösener ist auch der Erschaffer der sog. „Nürnberger Rassegesetze“.

Weitere Definitionen finden sich im Staatsgrundgesetz der Nazis „Neues Staatsrecht von 1934“.

Dieses nationalsozialistische Unwort wird heute von der BRD zielgerichtet eingesetzt um grundsätzlich alle regimekritischen Menschen in Deutschland automatisch als Nationalsozialisten- Nazis und Antisemiten zu brandmarken.

Diese Vorgehensweis der politischen Verfolgung erinnert an die Verfolgung der Regimekritiker und ethnischen Minderheiten von 1933-1945 in Deutschland.

Regimekritiker werden heute in der BRD mit Hilfe nationalsozialistischen Unrechts entwürdigend sonderbehandelt, enteignet, zwangspsychiatriert und inhaftiert.

Beweise – gesetzliche Grundlagen: *Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerecht von Dr. Bernhard Lösener – Ministerialrat des Innern und Rasseferent im Reichsministerium des Inneren 1. Band, Gruppe 2 Ausgabe 13 von 1934, Reichsbürgergesetz und Gesetz zum*



staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre["Nürnberger Gesetze"], 15. September 1935, und die beiden ersten Ausführungsbestimmungen, 14. November 1935, Reichsbürgergesetz (RBG) vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146), Wilhelm Stuckart, Hans Globke: Kommentar zum Reichsbürgergesetz (1936), dazu Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit RGBl. I S. 85 vom 05.2.1934, Verordnung über die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ im Staatsgrundgesetz „Neues Staatsrecht“ 1934, Seite 54, Die deutsche Staatsangehörigkeit: Reichsverordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934- Gustav Zeidler - Mauckisch von 1935

Der staatsrechtliche nationalsozialistische Begriff „Reichsbürger“ ist daher gleichzusetzen mit dem Schimpfwörtern „Nazi“ und „Antisemit“.

staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

[staatenlos.info e.V.](http://staatenlos.info) · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

Reichsbürgergesetz

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre

vom 15. September 1935

Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz)

vom 18. Oktober 1935

nebst allen Ausführungsvorschriften
und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen

erläutert von

Dr. Wilhelm Stuckart und **Dr. Hans Globke**

Staatssekretär

Oberregierungsrat

im Reichs- und Preussischen Ministerium des Innern



Immo. 1500

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München und Berlin 1936

Reichsbürgergesetz.

Vom 15. September 1935.

Der Reichstag hat einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist.

(2) Die Staatsangehörigkeit wird nach den Vorschriften des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben.

§ 2

(1) Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.

(2) Das Reichsbürgerrecht wird durch Verleihung des Reichsbürgerbriefes erworben.

(3) Der Reichsbürger ist der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze.

§ 3

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 15. September 1935.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und befeelt von dem unbeugbaren Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

1333

Reichsgesetzblatt

Teil I

1935	Ausgegeben zu Berlin, den 14. November 1935	Nr. 125
Tag	Inhalt	Seite
14. 11. 35	Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz.....	1333
14. 11. 35	Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.....	1334

Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

Vom 14. November 1935.

Auf Grund des § 3 des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Bis zum Erlaß weiterer Vorschriften über den Reichsbürgerbrief gelten vorläufig als Reichsbürger die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht besaßen haben, oder denen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht verleiht.

(2) Der Reichsminister des Innern kann im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers das vorläufige Reichsbürgerrecht entziehen.

§ 2

(1) Die Vorschriften des § 1 gelten auch für die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge.

(2) Jüdischer Mischling ist, wer von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großelternanteilen abstammt, sofern er nicht nach § 5 Abs. 2 als Jude gilt. Als volljüdisch gilt ein Großelternanteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat.

§ 3

Nur der Reichsbürger kann als Träger der vollen politischen Rechte das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Der Reichsminister des Innern oder die von ihm ermächtigte Stelle kann für die Übergangszeit Ausnahmen für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern gestatten. Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

§ 4

(1) Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein. Ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu; er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.

(2) Jüdische Beamte treten mit Ablauf des 31. Dezember 1935 in den Ruhestand. Wenn diese Beamten im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben, erhalten sie bis zur Erreichung der Altersgrenze als Ruhegehalt die vollen zuletzt bezogenen ruhegehaltfähigen Dienstbezüge; sie steigen jedoch nicht in Dienstaltersstufen auf. Nach Erreichung der Altersgrenze wird ihr Ruhegehalt nach den letzten ruhegehaltfähigen Dienstbezügen neu berechnet.

(3) Die Angelegenheiten der Religionsgesellschaften werden nicht berührt.

staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Ein Beweis für die extrem regide Vorgehensweise ist das gegen **JEDEN** systemkritischen Bürger inhaltlich benutzte Pamphlet: "Reichsbürger. Ein Handbuch" verfassungsschutz.brandenburg.de –Geheimdienst der BRD als faschistisches Todschlaginstrument.

Beweis-Quelle: <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/01/handbuch-umgang-reichsbuerger-verwaltungen-brandenburg.html>

Das dafür verantwortliche Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung - demos arbeitet in Trägerschaft von "Demokratie und Integration Brandenburg e.V."

Hauptverantwortlicher Geschäftsführer ist Herr Dirk Wilking
Geschäftsstelle
Benzstraße 11-12
14482 Potsdam

Tel.: ++49 (0)331 740 6246
Fax: ++49 (0)331 740 6247



Hintergrund ist eine gleichlautende Veröffentlichung der Geheimdienst gesteuerten und über öffentliche Steuergelder finanzierten „Amadeu Antonio Stiftung“ (SPD)
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

E- Mailanschrift: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Tel.: ++49 (0)30 240 886 10
Fax: ++49 (0)30 240 886 22

Beweisquelle: http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/reichsbuerger_web.pdf

staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin



Die Tatverdächtigen der Stiftung

Beweisquelle: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wir-ueber-uns/team/>

Damit liegt neben den Straftaten der § 241 a StGB politische Verdächtigung, § 186 üble Nachrede, § 185 StGB Beleidigung, §187 StGB Verleumdung und §187a StGB Verleumdung gegen Personen politischen Lebens auch der Straftatbestand § 130 StGB Volksverhetzung gegen bestimmte Gruppen, gegen Teile der Bevölkerung und gegen Einzelne vor.



staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

Strafgesetzbuch

Besonderer Teil (§§ 80 - 358)

18. Abschnitt - Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§§ 232 - 241a)

§ 241a Politische Verdächtigung

(1) Wer einen anderen durch eine Anzeige oder eine Verdächtigung der Gefahr aussetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden und hierbei im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Grundsätzen durch Gewalt- oder Willkürmaßnahmen Schaden an Leib oder Leben zu erleiden, der Freiheit beraubt oder in seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Stellung empfindlich beeinträchtigt zu werden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer eine Mitteilung über einen anderen macht oder übermittelt und ihn dadurch der in Absatz 1 bezeichneten Gefahr einer politischen Verfolgung aussetzt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Wird in der Anzeige, Verdächtigung oder Mitteilung gegen den anderen eine unwahre Behauptung aufgestellt oder ist die Tat in der Absicht begangen, eine der in Absatz 1 bezeichneten Folgen herbeizuführen, oder liegt sonst ein besonders schwerer Fall vor, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren erkannt werden.

Es besteht erhärteter Verdacht, dass heute alle bundesdeutschen Behörden- und Justizorgane in der nationalsozialistischen Reichbürgerterminologie ideologisch geschult werden und dadurch nazistisch politisch- ideologisiert befangen sind. Die Unabhängigkeit der BRD- Behörden - Justizorgane ist damit völlig untergraben und ausgeschlossen. Es liegt damit Verstoß gegen Artikel 97, 103 Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die Bundesrepublik Deutschland vor. Dasselbe betrifft den Gleichbehandlungsgrundsatz und die Menschenrechte. (Grundrechte)

Speziell auch die immer wieder angeführte Unabhängigkeit der Richter ist in der BRD damit völlig ausgeschlossen - Verstoß gegen Artikel 97 Grundgesetz für die BRD, 101 / 103 GG, § 321 a ZPO § 16 GVG und § 45 DRiG anlog.

Außerdem greift §130 StGB Volksverhetzung.

Weiter führen die naziterminologischen, ideologischen „Reichsbürgerschulungen“ an bundesdeutschen Behörden, Einrichtungen und in der Justiz zum Fehlverhalten des somit ideologisierten Personals.

Weiterhin werden neben der Justiz die bundesdeutsche Polizei- und Sicherheitsorgane in Ihrer Arbeit nachteilig beeinträchtigt und an der realen Verbrechensbekämpfung gehindert.

Die Folge ist Rechtsbankrott/ Stillstand der Rechtspflege und eine erhebliche Beeinträchtigung der Sicherheit und Ordnung in Deutschland.

Zitat „Rechtsbankrott“: *ist das Unvermögen einer Rechtsordnung, den Rechtsunterworfenen Recht zu verschaffen. Eine Rechteinrichtung offenbart beispielsweise R., wenn sie Lügner an die Spitze gelangen lässt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu kassieren, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser zur Rechtsaufsicht. Eine Besserung verspricht unter solchen Umständen allein die vollständige Rückkehr zu allgemein anerkannten Werten (z. B. Wahrheit, Freiheit) und Rechtsgrundsätzen (z.B. pacta sunt servanda, Willkürverbot, Wettbewerb usw.).“*

Quellverweis (gelöscht): <http://www.rechtslexikon.net/d/rechtsbankrott/rechtsbankrott.htm>

staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

Deutsche Staatsangehörigkeit --- Reichsangehörigkeit



II. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Febr. 1934. 7

Die Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Länder (z. B. die in Preußen oder in Bayern oder in Sachsen) besaß, ist nunmehr „deutscher Staatsangehöriger“ oder, wie er auch benannt wird, „Reichsangehöriger“. Wer bisher die „unmittelbare Reichsangehörigkeit“ nach §§ 33, 34 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen erhielt, bleibt deutscher Staatsangehöriger. Diese grundsätzliche Änderung in der Bezeichnung der deutschen Staatsangehörigkeit ist in Beurkundungen und Ausfertigungen überall da zu berücksichtigen, wo die Angabe der Staatsangehörigkeit vorgeschrieben oder sonst erforderlich ist. Das ist insbesondere bei Beurkundungen der Standesbeamten der Fall, vergl. dazu Anm. 2.

2) Deutsche Staatsangehörigkeit — Reichsangehörigkeit. Beide Benennungen finden sich in Absatz 2 des § 1 vor und bezeichnen ein und dasselbe. Zu den beiden Benennungen führt Dr. Löfener, Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern, im Reichsverwaltungsblatt und Preussischen Verwaltungsblatt Band 55 (1934) S. 155, insbesondere S. 156 rechte Spalte, aus: „Die beiden Ausdrücke „deutsche Staatsangehörigkeit“ und „Reichsangehörigkeit“ stehen vollwertig nebeneinander. Beide sind bereits eingeführt, und zwar „deutsche Staatsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zur französischen, polnischen oder einer anderen ausländischen Staatsangehörigkeit, dagegen Reichsangehörigkeit“, wenn der Gegensatz zu der aufgehobenen Landesangehörigkeit hervorgehoben werden soll.“

Stehen vollwertig nebeneinander unmittelbare Kolonieangehörigkeit

staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**
besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**

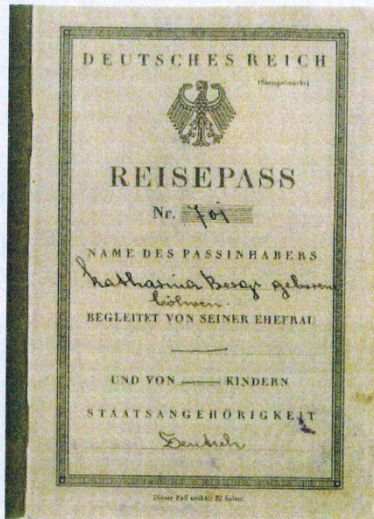
staatenlos.info e.V. · Diesterwegstraße 9 b · D-[10405] Berlin

Die Wahrheit ist einsam solange die Lüge regiert

1934 R=StAG

DEUTSCH

Deutsche



Deutsche

15.6.1934

R=StAG Gleichschaltung



Kolonie Staats Angehörigkeit



Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Damit erfüllen sich offenkundig zweifelsfrei die aufgeführten Straftatbestände.

Es wird außenstehender Öffentlichkeit national und international von den Tatverdächtigen suggeriert staatenlos.info e. V., der Präsident Rüdiger Hoffmann, alle Mitglieder und Sympathisanten des Vereins, die Veranstaltungsteilnehmer und alle kritischen Menschen in Deutschland gehören zu den so. „Reichsbürgerbewegung, wären gewalttätig- gefährlich veranlagt- hätten Waffen und würden auch so agieren.

Die in den **Medienbeiträgen der angezeigten Unternehmen** erfolgten Straftaten haben nur das politisch extremistisch motivierte Ziel, alle Mitglieder und Sympathisanten des Vereins staatenlos.info in der Öffentlichkeit vorsätzlich zu diffamieren, diskreditieren, kriminalisieren und was noch unterstrichen mit einer Quervernetzten Medienaktion, welche vom ARD- Norddeutschen Rundfunk – (NDR) am 01. April 2016 und vom eingebetteten Bayrischen Rundfunk - BR zielgerichtet organisiert gestartet worden war.

Damit ist auch das organisiert bandenmäßige Vorgehen zu erkennen - Art und Weise einer kriminellen Vereinigung – strafbar nach § 129 StGB .

In allen Punkten von den Tatverdächtigen verallgemeinernd üble Nachrede, Verunglimpfung gegen den Verein staatenlos.info e. V., dessen Präsidenten Rüdiger Hoffmann, alle Veranstaltungsteilnehmern und der kritischen Allgemeinheit betrieben.

Es wird darüber hinaus eine Hassstimmung gegenüber den Geschädigten Verein staatenlos.info e. V., dessen Präsidenten Rüdiger Hoffmann, alle Veranstaltungsteilnehmern und den großen, kritischen Bevölkerungsteil in Wittenburg und Wittendörp erzeugt, weil dieser Bevölkerungsteil/ Gruppe bewußt und zielgerichtet verunglimpft, verleumdet, Rufmord- üble Nachrede, falsch verdächtigt und zu Hass aufgestachelt wird.

Hiermit ist der Volksverhetzung § 130 StGB erfüllt:

Strafgesetzbuch (StGB)

§ 130 Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. **gegen eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung zum Hass aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen auffordert oder**

2. **die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er eine vorbezeichnete Gruppe, Teile der Bevölkerung oder einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer vorbezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,**

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. **eine Schrift (§ 11 Absatz 3) verbreitet oder der Öffentlichkeit zugänglich macht oder einer Person unter achtzehn Jahren eine Schrift (§ 11 Absatz 3) anbietet, überlässt oder zugänglich macht, die**

a) **zum Hass gegen eine in Absatz 1 Nummer 1 bezeichnete Gruppe, gegen Teile der Bevölkerung oder gegen einen Einzelnen wegen seiner Zugehörigkeit zu einer in Absatz 1 Nummer 1 bezeichneten Gruppe oder zu einem Teil der Bevölkerung aufstachelt,**

b) **zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen in Buchstabe a genannte Personen oder Personenmehrheiten auffordert oder**



Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

c) die Menschenwürde von in Buchstabe a genannten Personen oder Personenmehrheiten dadurch angreift, dass diese beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden,

2. einen in Nummer 1 Buchstabe a bis c bezeichneten Inhalt mittels Rundfunk oder Telemedien einer Person unter achtzehn Jahren oder der Öffentlichkeit zugänglich macht oder

3. **eine Schrift (§ 11 Absatz 3) des in Nummer 1 Buchstabe a bis c bezeichneten Inhalts herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, bewirbt oder es unternimmt, diese Schrift ein- oder auszuführen, um sie oder aus ihr gewonnene Stücke im Sinne der Nummer 1 oder Nummer 2 zu verwenden oder einer anderen Person eine solche Verwendung zu ermöglichen.**

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

(4) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

(5) Absatz 2 Nummer 1 und 3 gilt auch für eine Schrift (§ 11 Absatz 3) des in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalts. Nach Absatz 2 Nummer 2 wird auch bestraft, wer einen in den Absätzen 3 und 4 bezeichneten Inhalt mittels Rundfunk oder Telemedien einer Person unter achtzehn Jahren oder der Öffentlichkeit zugänglich macht.

(6) In den Fällen des Absatzes 2 Nummer 1 und 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, ist der Versuch strafbar.

(7) In den Fällen des Absatzes 2, auch in Verbindung mit Absatz 5, und in den Fällen der Absätze 3 und 4 gilt § 86 Abs. 3 entsprechend.

Es wird festgestellt: Der Verein staatenlos.info e. V., der Präsident Rüdiger Hoffmann, die Veranstaltungsteilnehmer und die interessiert kritische Allgemeinheit sind nicht extremistisch oder sog. „Reichsbürger“, schon gar nicht gewalttätig- gefährlich veranlagt, werden aber von den o. a. Tatverdächtigen in der Öffentlichkeit laufend zielgerichtet verallgemeinernd verleumderisch, verunglimpfend so dargestellt. Die Satzung, sonstige Vereinsdokumente und die Zielstellung des Vereins sind dabei immer die Grundlage für das Handeln der Vereinsmitglieder und des Vorstands. Einem Menschen zu schaden ist, war und wird niemals sein - ein Bestandteil des Handelns des Vereins und seines Vorstands, entsprechend seiner Planung, der Umsetzung und der schriftlichen Fixierung der Zielstellung durch Beschlussfassung der Mitglieder.

Bitte um Klärung und Untersuchung – Heilung des gesamten Sachverhaltes. Die Tatverdächtigen sind dazu konkret zu vernehmen und die Beweismittel und Tatwerkzeuge sicherzustellen.

Dazu liegt massiver Verstoß gegen die Menschenrechte und massive Grundrechteverletzung gegen Den Vorstand, alle Mitglieder und ehrenamtlichen Helfer, die Veranstaltungsteilnehmer des Vereins staatenlos.info e. V. und die interessiert kritische Allgemeinheit durch die strafangezeigten Täterkreise vor.

Es besteht Korruptionsverdacht- da offenkundig die o. a. Taten banden organisiert begangen werden was zu ermitteln hiermit ausdrücklich beantragt wird und eingefordert wird. Dazu kommt das in ähnlich gelagerten Strafanträgen – Strafanzeigen die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin bis dato NICHT erkennbar tätig geworden ist- was ebenfalls zu heilen ist.

Es wird die umfassende Ermittlung und Aufklärung sowie die strafrechtliche Verfolgung der Tat und aller betreffenden Täterkreise ausdrücklich beantragt und eingefordert.

Es wird Durchsuchung der betr. Wohn- und Geschäftsräume beantragt. Beweismaterial wie z. B. Dokumente, Computer und Speichermedien usw. sind in dem angezeigten Täterkreis sicherzustellen, was hiermit ausdrücklich beantragt wird und eingefordert wird.

Hiermit bittet der Unterzeichner wir ausdrücklich, dass der Unterzeichner - Der Vorstand bzgl. der laufenden Ermittlungen in Bezug dieses Vorganges durch die zuständige Staatsanwaltschaft Schwerin unterrichtet gehalten werden.

Die Empfängerin wird gebeten aus Gründen deren persönlichen Haftung in der nationalen und internationalen Ebene grundsätzlich das Aktenzeichen des Vorstandes anzugeben: 4yp-323/ARD-NDR-BR1/16



Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Die Klärung und Heilung hat auf jeden Fall über eine gerichtliche Hauptverhandlung zu erfolgen, was hiermit ausdrücklich beantragt und eingefordert wird.

Alle Anträge rechtsmittelfähig zu bescheiden., was hiermit ausdrücklich beantragt wird.

Gemäß § 63 BBG tragen alle Beteiligten in der Bundesrepublik Deutschland für die Rechtmäßigkeit ihrer dienstlichen Handlungen die volle persönliche Verantwortung.

Der Empfänger wird gebeten auf alle dessen Schreiben unbedingt den Vor- und Zunamen des Verfassers anzugeben, damit der Unterzeichner bei einem eventuellen Durchgriff nicht gehindert ist, was hiermit ausdrücklich erbeten wird.

Auf die eigene, persönliche Strafverfolgung gemäß § 258 a StGB Strafvereitelung im Amt und § 257 StGB Begünstigung aller Beteiligten in diesen Verfahren wird ausdrücklich hingewiesen.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, das erwartet wird das die zwingend notwendigen Ermittlungen und Sofortmaßnahmen sofort eingeleitet werden – was hiermit ausdrücklich beantragt wird und eingefordert wird.

Es wird ausdrücklich Unterrichtung des Vorstandes - des Unterzeichners zum laufenden Verfahren ausdrücklich beantragt und eingefordert.

Es besteht durch offenkundig AKUTE Wiederholungs- und Verdunkelungsgefahr, Terrorismusgefahr, Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erhebliches öffentliches Interesse.

abschließende Begründung:

Seit einigen Wochen und Monaten gibt es Erscheinungen, Vorkommnisse und Attacken, verübt und ausgeführt durch Kräfte und Personen, welche sich verschiedener Arten von Handlungen, physischen, interdisziplinären und verbalen Angriffen gegenüber den Mitgliedern des Vereins und gegenüber den Verantwortlichen des Vorstandes, bedienen.

Dieser Personenkreis gibt sich selbst als eine Organisation mit der Bezeichnung „Sonnenstaatland“ zu erkennen, welche nachweislich behördlicher Natur und Verantwortung ist. Wilde, entehrende und damit fragwürdige Äußerungen gegenüber dem Verein und insbesondere der Person des Vorstandsvorsitzenden, die einer öffentlichen Behörde nicht angemessen und nicht ehrenvoll sind, werden ebenfalls in der Kommunikations-Plattform ‚Facebook‘ durch diese sich als behördliche Institution selbstdarstellende Organisation in die Öffentlichkeit gebracht.

Die Attacken und Angriffe (siehe dazu die unten stehende Auflistung entsprechender aufgegebener polizeilicher Anzeigen durch den Verein und Schreiben an entsprechend verantwortliche Regierungsstellen) behindern und stören die Tätigkeit unseres im öffentlichen Register eingetragenen gemeinnützigen Vereins, welcher sich mit Heimatgedanken, der Verbundenheit zu Land und Boden und vielen weiteren hehren Zielen wie den welt-Frieden beschäftigt. Diese Kräfte und Kreise, die in Emails und postalischen Schreiben aus ihrer Herkunft keinen Hehl machen, bewegen sich in höchsten behördlichen Kreisen und sind vermutlich sogar abgesichert durch diese. Sie agieren auf der Ebene von Denunzierung, massiver physischer und finanzieller Störung der gemeinnützigen Tätigkeit unseres Vereins, Menschen, Menschengruppen und der Allgemeinheit.

Im Namen des Vereins – des Vorstandes und dessen Präsidenten Rüdiger Hoffmann werden missbräuchlich Verträge abgeschlossen, in unvertretbar großen Mengen Waren eingekauft und an die Vereinsadresse gesendet, die allesamt abgewiesen werden müssen, da dieses nicht im Auftrag und mit Genehmigung des Vereins und/oder Vorstands geschah. Diese Kräfte und Personen schaden damit maßgeblich und völlig sinnentleert der Wirtschaft in Deutschland, unserem Verein und natürlich auch dem Ansehen der regionalen und überregionalen Behörden.

Der Unterzeichner vermutet daher, dass das womöglich selbst die Personen aus der bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden, der deutschen Geheimdienste und weitere Organe in dieser Angelegenheit auf Grund einer möglichen Täuschung von öffentlichen Behörden und angestiftet über durchaus kriminell zu nennende Kräfte und Personen unterliegen und es daraus ergebend zu Schlußfolgerungen und Entscheidungen kommen könnte, die nicht auf der Basis von Wahrheit und Rechtstaatlichkeit beruhen würden und dem Ruf der öffentlichen Behörden und natürlich auch unseres Vereins in nachträglicher Behandlung und Betrachtung Schaden zufügen könnten. Ebenso muss der Unterzeichner die gegen ihn privat erhobenen Anschuldigungen der Verantwortlichen Personen des Unternehmensverbundes ARD NDR BRD zurückweisen, da dieser stets im Auftrag des Vorstands und niemals privat zu eigennützigen Zwecken in der Öffentlichkeit gehandelt hat und so einer unrechtmäßigen Minderung des Wertes seiner Person nicht zustimmen kann.

Übersicht der Anzeigen und Schreiben auf Grund von rechtswidrigen Angriffen zu finden unter:

Polizeiliche Vorgangsnummer 316500/000386/07/16 und Zeichen der Staatsanwaltschaft Schwerin 121 UJs 10509/16

Polizeiliche Vorgangsnummer: 316400/000084/08/16

Polizeiliche Vorgangsnummer: 316400/000317/08/16



staatenlos.info e. V.
Der Vorstand
c/o Diesterwegstraße 9 b
D - [10405] Berlin

Webseite: www.staatenlos.info
E- Mail: vorstand@staatenlos.info

Diensttelefon: +49 38852/ 58951
Diensttelefon Mobil: +49 162/ 907725
Diensttelefax: +49 38852/ 44306

staatenlos.info e.V. - Diesterwegstraße 9 b - D-[10405] Berlin

Hochachtungsvoll
im Auftrag

by: Rüdiger Hoffmann A. R.
Without Prejudice UCC 1-308
Alle Rechte vorbehalten.

Zeugen:

Herr Helmut Buschujew
PF 1128
19281 Ludwigslust

Verein staatenlos.info e. V.
Diesterwegstraße 9b
D- [10405] Berlin

Weitere Zeugen können bei Bedarf genannt werden! Die Zeugen können neben o. a. Tatbeständen unter anderen den rechtlichen Status und die vielfältigen, komplexen Vorgänge beweisen und aufklären.